

Modernisierung der Gerichtsverwaltung in Deutschland - am Beispiel des Hamburger Projekts Justiz 2000.



Justiz
2000



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG



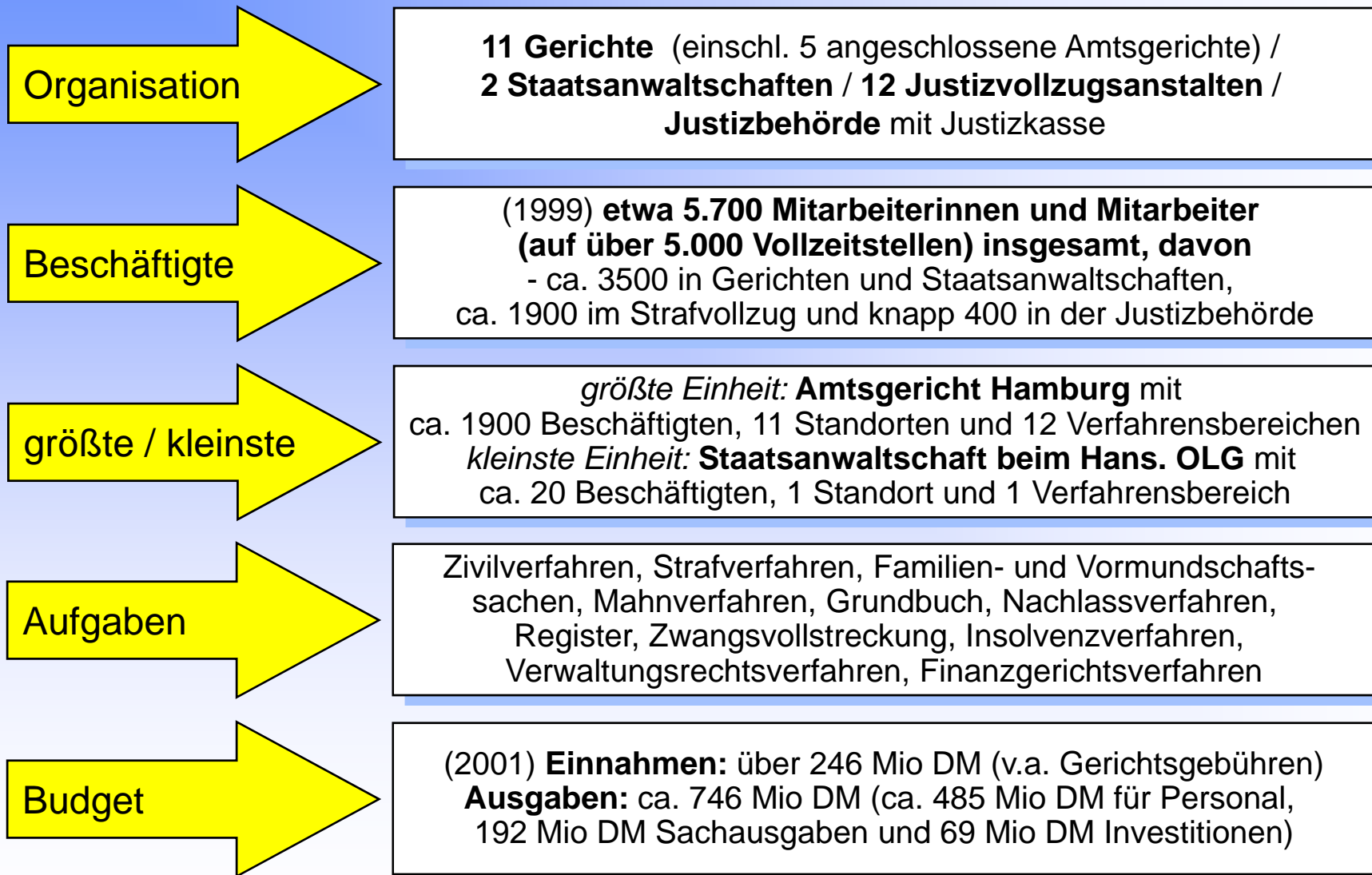
- ① Justizmodernisierung in Hamburg
 - Strategie, Themen und Aufbau von *Justiz 2000* -
- ② Was wurde erreicht - was bleibt noch zu tun?
 - Ergebnisse der Justizmodernisierung in Hamburg -
- ③ Fazit
 - was bleibt von *Justiz 2000*? -



JUSTIZMODERNISIERUNG IN HAMBURG

- *Strategie, Themen und Aufbau
von Justiz 2000* -

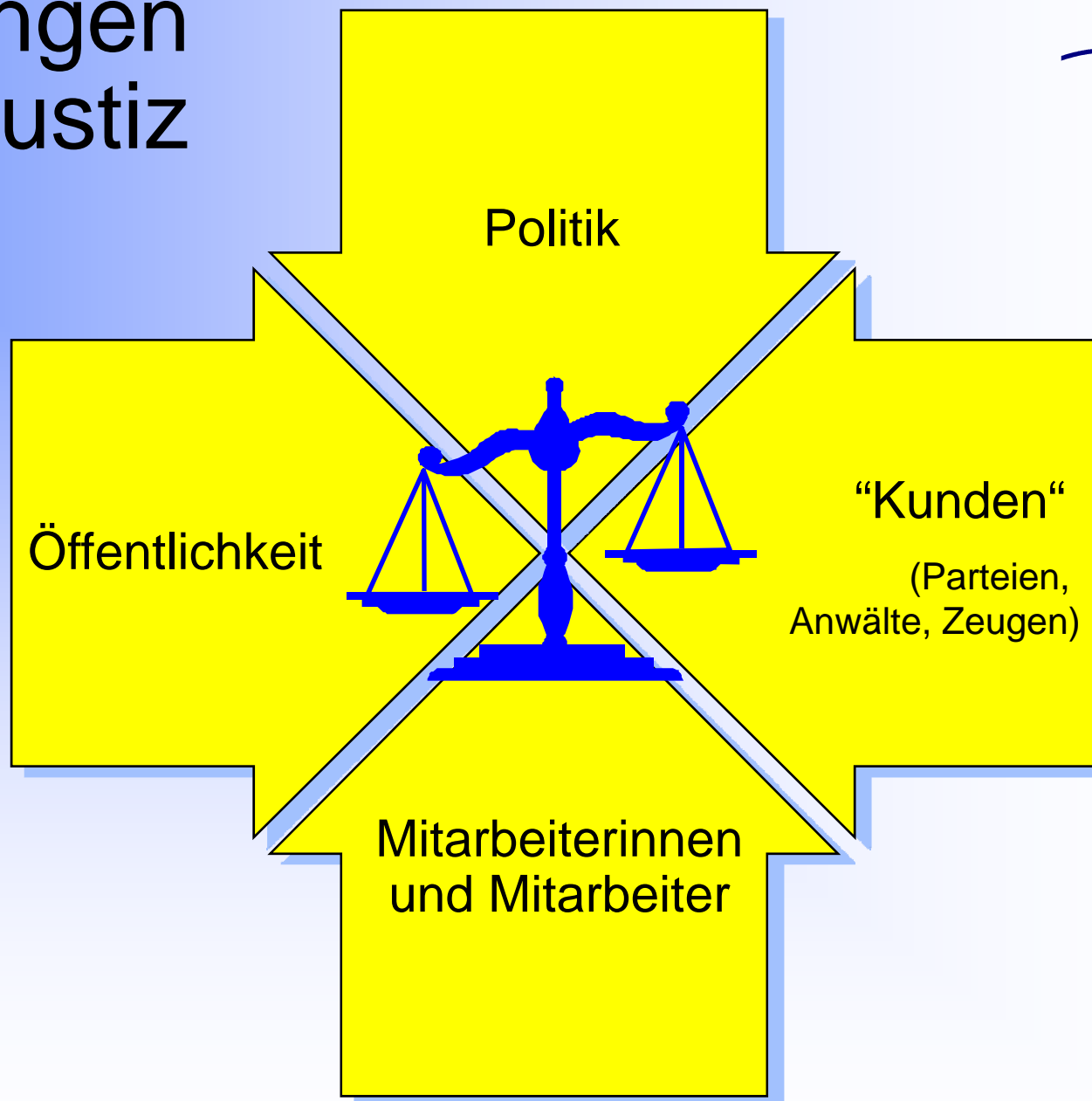
Hamburgs Justiz im Überblick.



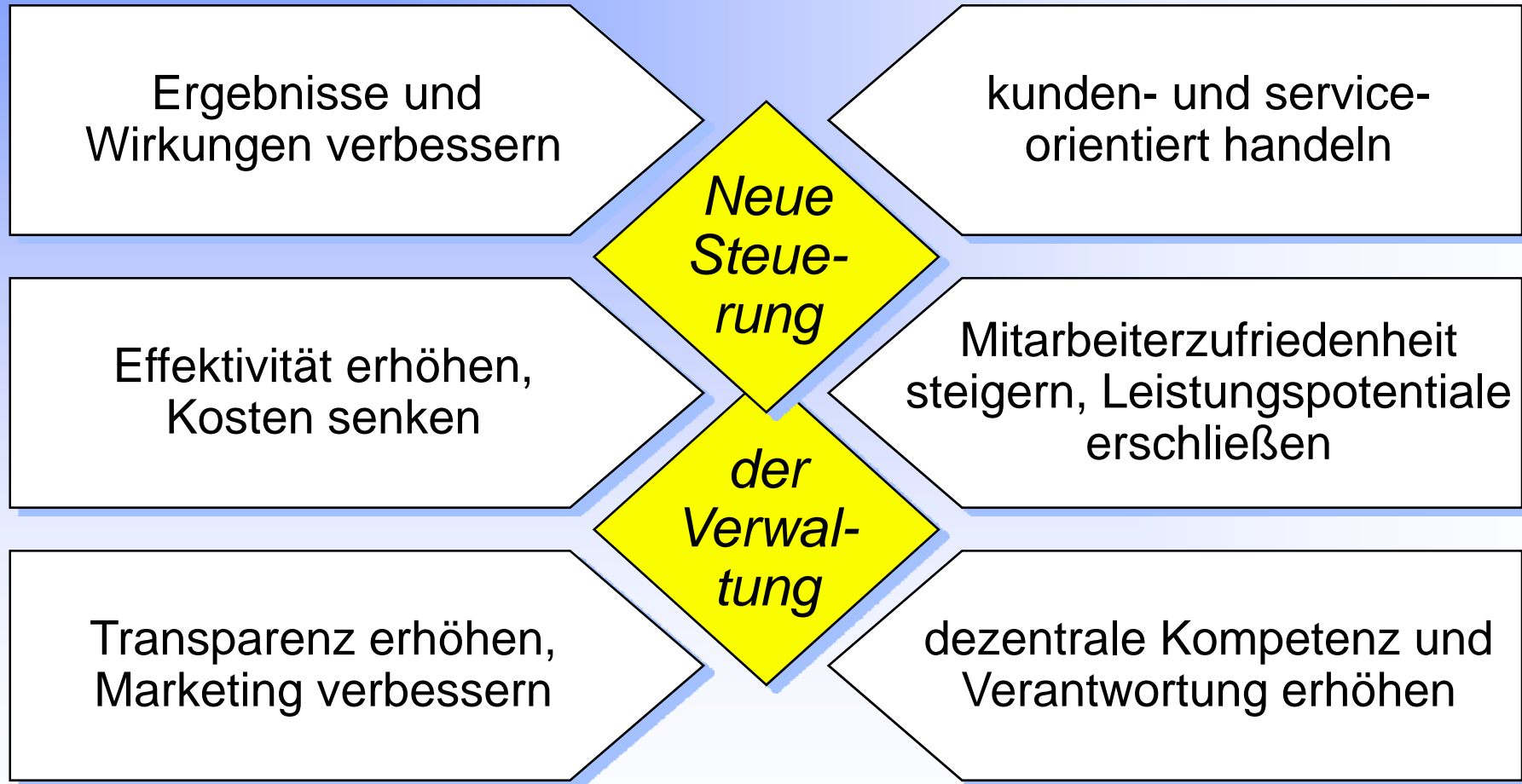
→ Erwartungen an die Justiz

Nicht alle Erwartungen sind erfüllbar; nicht jede Kritik ist berechtigt.

Aber: die Justiz muss sich Erwartungen und Kritik stellen.



→ Ziele der Verwaltungsmodernisierung



→ Innovation in der Justiz - *die Strategie in Hamburg.*



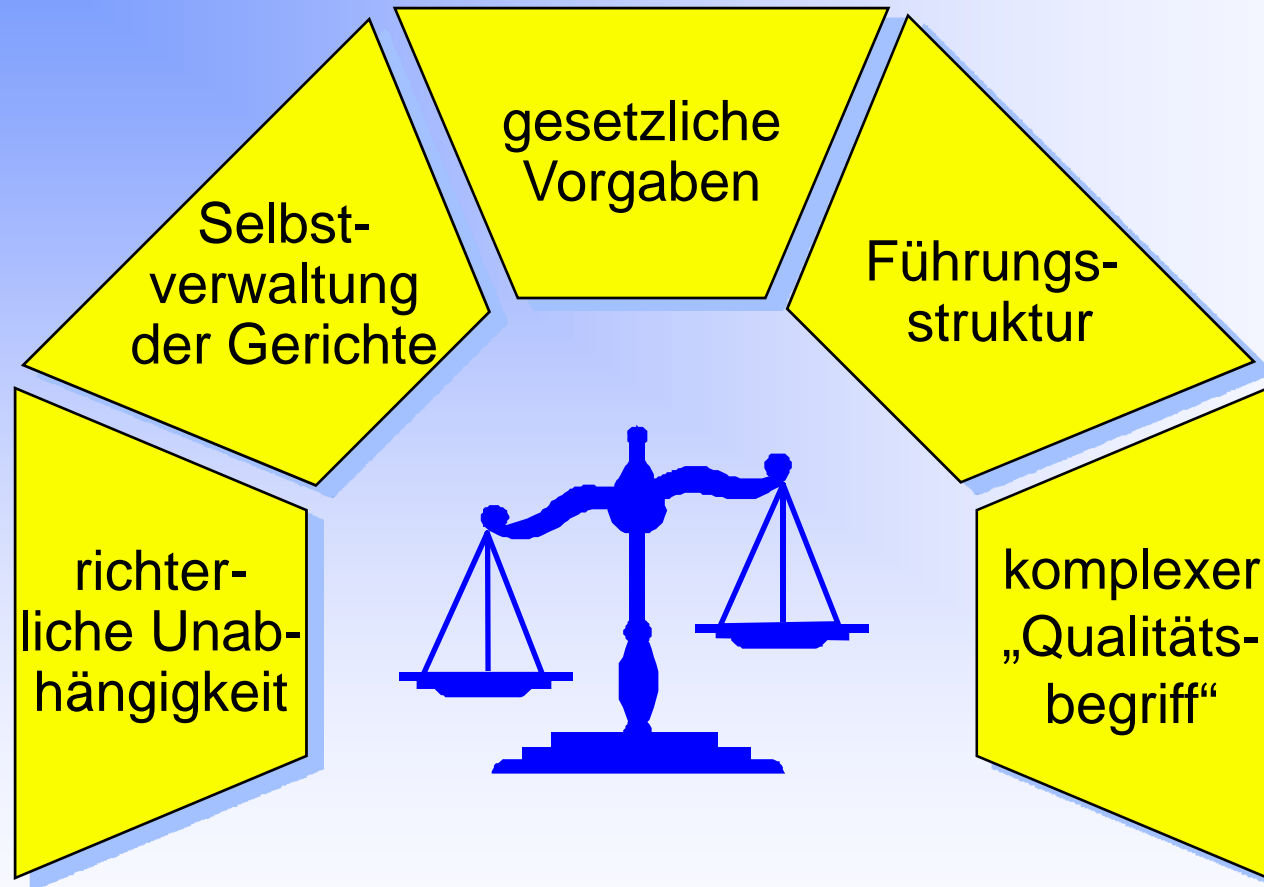
Elemente der Verwaltungsmodernisierung an die besonderen Voraussetzungen der Justiz anpassen

Modernisierung nicht anordnen, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugen

dezentrale Projektstruktur, gleichzeitig zentrale Koordination und gegenseitiger Austausch

→ *Modernisierung beginnt in Reformprojekten, aber wird schrittweise Teil der laufenden Arbeit der Justiz*

→ Justiz ist keine „normale“ Verwaltung ...

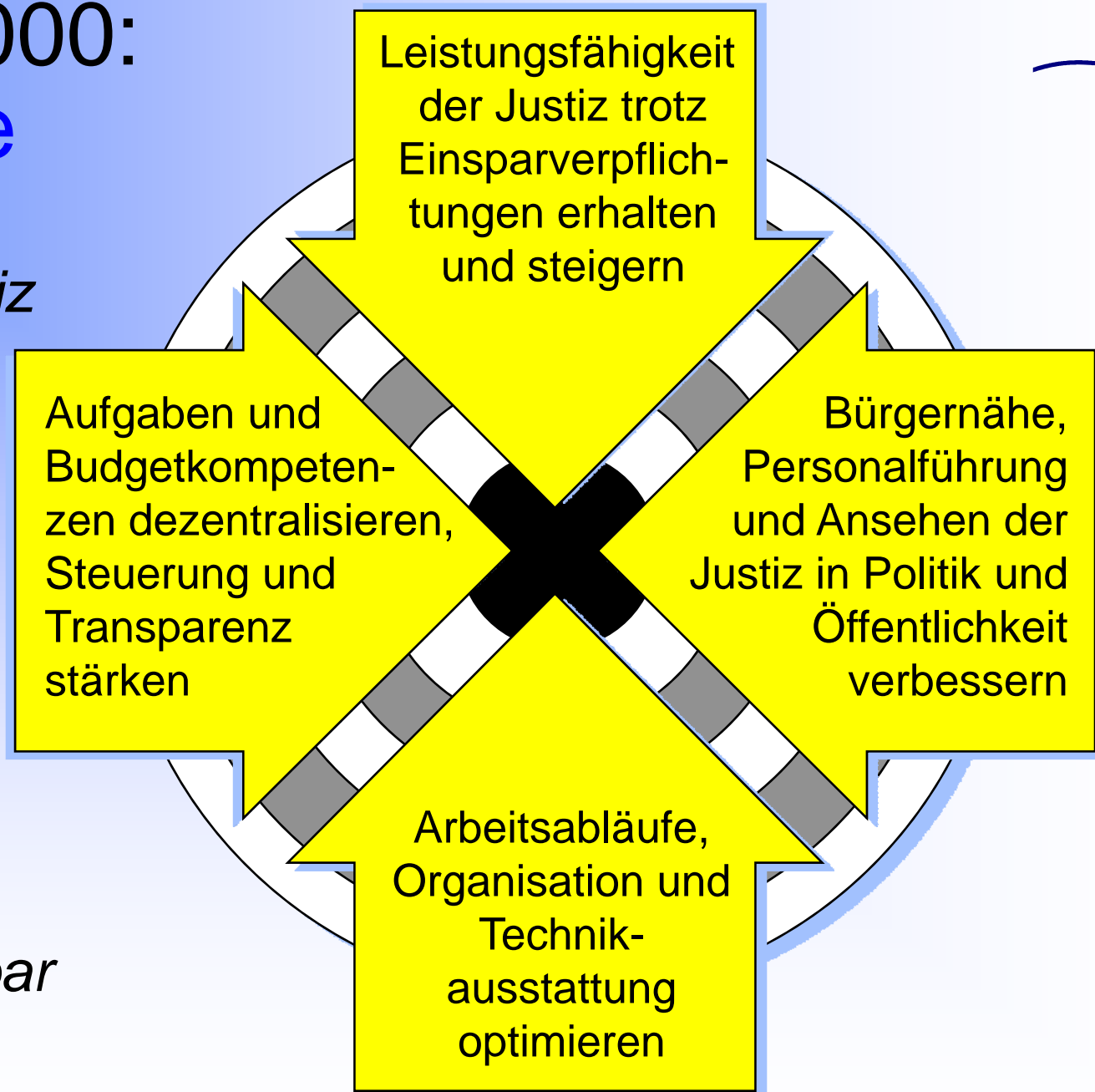


... Modernisierung muss sich daran ausrichten.

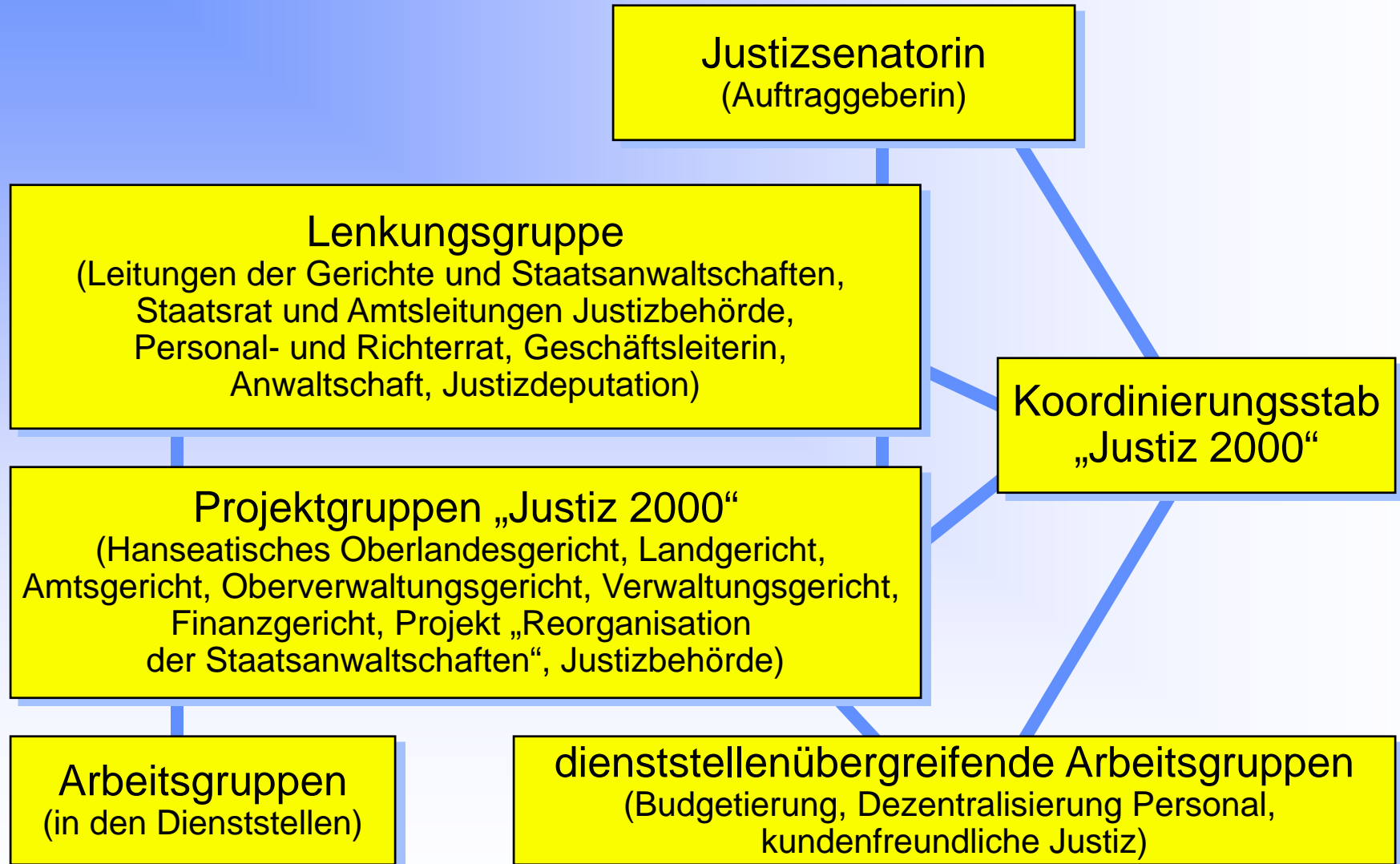


→ Justiz 2000: Die Ziele

- *Hamburgs Justiz in einem realistischen Zeitraum umfassend modernisieren*
- *Elemente des „Neuen Steuerungsmodells“ soweit möglich und sinnvoll für die Justiz nutzbar machen*



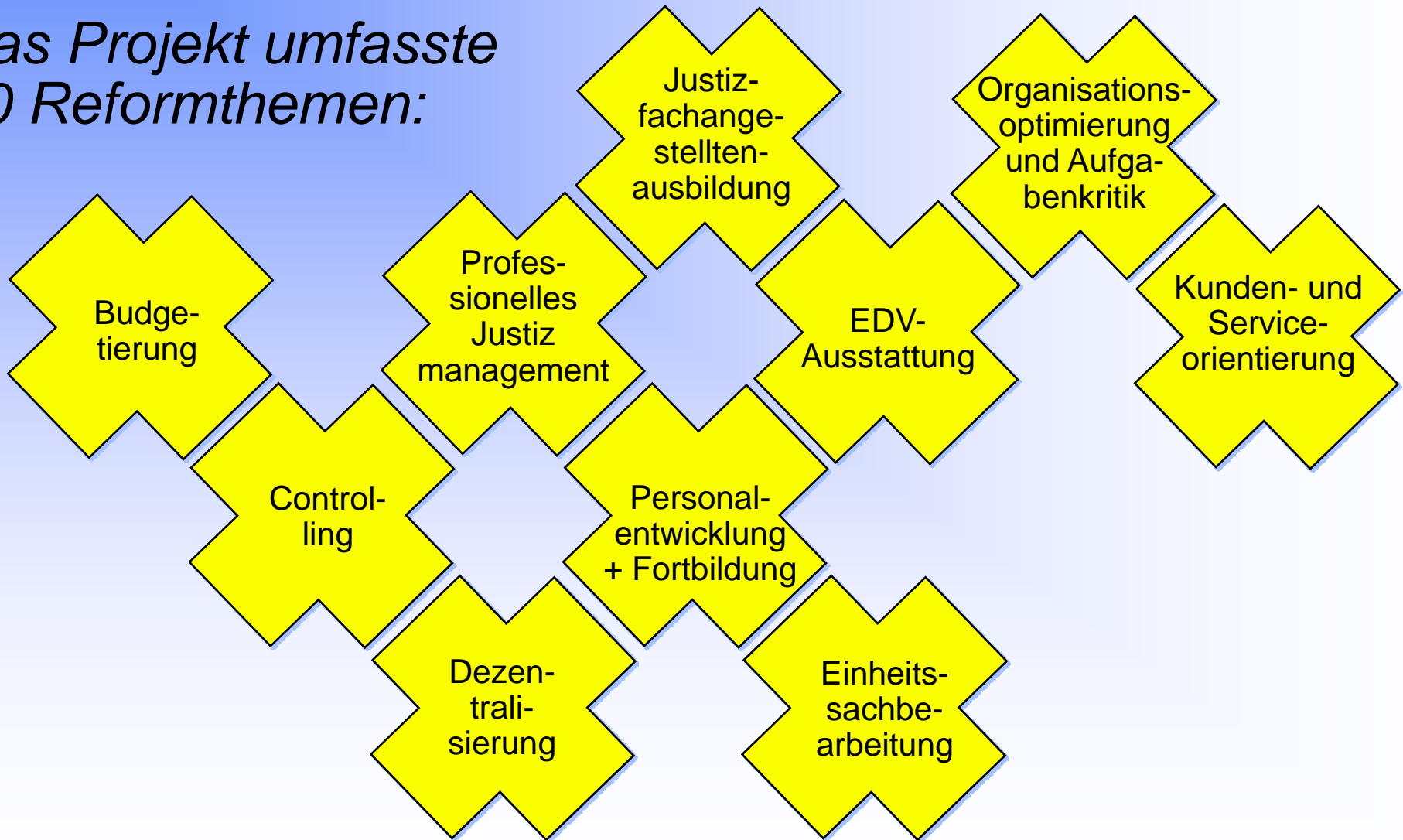
→ Justiz 2000: Die Organisation



→ Justiz 2000: Die Themen



*Das Projekt umfasste
10 Reformthemen:*





WAS WURDE ERREICHT - WAS BLEIBT NOCH ZU TUN?

*Ergebnisse der
Justizmodernisierung
in Hamburg*



→ (1) Budgetierung: Die Ergebnisse

- ✓ Personal- (seit 1997) und Sachmittelbudgets (seit 1998) wurden weitgehend zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung auf Gerichte, Staatsanwaltschaften und Ämter übertragen.
- ✓ Leitungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Ämter sowie gesondert der Justizvollzug beraten in *Budgetkonferenzen* über die jährliche Budgetverteilung. Controller kommen in einer *AG Budgetierung* regelmäßig zusammen
- ✓ Ein kooperativer Belastungsausgleich und ein zentrales Vorbehaltsbudget wurden aufgebaut. In Handbüchern werden Regelungen festgehalten.
- ✓ Das Ministerium ist in erheblichem Maße von Einzelentscheidungen entlastet worden.

→ (2) Controlling: Die Ergebnisse



- ✓ Controlling wurde in mehreren Facetten umgesetzt:
 - Instrumente zur Steuerung der Einnahmen und Ausgaben für den derzeitigen Status (Personal- und Sachhaushalt)
 - Controlling-Konzepte im Kontext der Kosten- und Leistungsrechnung (Handbuch zum Controlling der Justiz)
 - Überprüfung der Geschäftsprozesse und Inhalte
- ✓ Das Projekt „ProBudget“ hat Controlling und KLR am Amtsgericht Hamburg umgesetzt. Der Produktivstart auf Basis von SAP R/3 ist Ende 1999 erfolgt. Die Einführung in anderen Bereichen hat sich allerdings verzögert.
- ✓ Verbesserungen der Inhalte und Geschäftsprozesse bei der Justizstatistik sind entwickelt und – in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt – umgesetzt worden. Erste länderübergreifende Vergleiche sind etabliert worden, bedürfen aber noch des Ausbaus.

→ (3) Dezentralisierung: Die Ergebnisse



- ✓ Bisherige zentrale Aufgaben der Justizbehörde wurden analysiert und auf Dezentralisierungsmöglichkeiten überprüft.
- ✓ Budgetverwaltung - vgl. (1) -, Materialbeschaffung, Hausverwaltung und viele Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik sind auf Gerichte und Staatsanwaltschaften dezentralisiert worden.
- ✓ Ein Konzept zur Dezentralisierung der Personalverwaltung und den Aufbau einer gemeinsamen Serviceeinheit für alle Justizdienststellen (außer Amtsgericht und Strafvollzug) wurde beschlossen und teilweise umgesetzt.

→ (4) professionelles Justizmanagement: Die Ergebnisse



- ✓ Umfangreiche konzeptionelle Grundlagen wurden - u.a. im Rahmen einer Expertenanhörung der Bürgerschaft (Landesparlament) und einer Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz erarbeitet.
- ✓ Als Ergebnis wurde der Bürgerschaft die Konzeption für den bundesweit ersten Modellversuch mit Justizmanagern an zwei Hamburger Gerichten zugeleitet.
- ✓ Im Jahr 2000 hat ein fünfjähriger Modellversuch zum integrierten Justizmanagement am Amtsgericht und am Oberlandesgericht begonnen, parallel wurde eine neue Verwaltungsabteilung bei der Staatsanwaltschaft aufgebaut
- ✓ Fortbildung und Qualifikation für moderne Managementmethoden wurden für alle Beschäftigten des gehobenen Justizdienstes intensiviert.

→ (5) Personalentwicklung und Fortbildung: Die Ergebnisse



- ✓ Neun Handlungsfelder für ein modernes Personalmanagement und erste Handlungsschritte sind definiert.
- ✓ Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche und Assessment-Center werden umgesetzt.
- ✓ Umfangreiche Qualifizierungsprogramme (z.B. zu Einheits-sachbearbeitung, Methoden der Personalentwicklung, Verwaltungs- und Justizmodernisierung sowie Kunden- und Serviceorientierung) wurden entwickelt und durchgeführt.
- ✓ Ein Programm zur umfassenden Führungsfortbildung für den mittleren und gehobenen Dienst der Justiz wird - beginnend mit dem Jahr 2000 - umgesetzt, ein Mobilitätskonzept für den gehobenen Dienst ab 2001.

→ (6/7) Einheitssachbearbeitung / Fachangestellte: **Die Ergebnisse**



- ✓ Ziele und Leitbild für eine Einheitssachbearbeitung in der Hamburger Justiz wurden verabschiedet.
- ✓ Die konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die Einführung der darauf ausgerichteten Justizfachangestelltenausbildung wurden geschaffen.
- ✓ Seit 1999 werden die Ausbildungsjahrgänge auf dieser Basis erfolgreich rekrutiert, ausgebildet und eingesetzt.
- ✓ An allen Gerichten wurde die Einheitssachbearbeitung erheblich ausgebaut – bis hin zur flächendeckenden Umsetzung z.B. in der Staatsanwaltschaft
- ✓ Jede Umsetzung verlangt eine Anpassung an die Belange der einzelnen Dienststellen und einen Aus- und Umbau von Fortbildungsplanungen. Die Vereinheitlichung von Beamten- und Angestelltenausbildung steht noch aus.

→ (8) EDV-Ausstattung / Kommunikationstechnik: Die Ergebnisse



- ✓ Geschäftsstellenautomation (u.a. MEGA an OLG und Vormundschaftsgericht, SIJUS und IT-InsO am Amtsgericht, TANDEM u. ASTRA am Landgericht) wurde ausgebaut, und das Programm MESTA (Staatsanwaltschaften) eingeführt.
- ✓ Die Vollautomation des Grundbuchs mit Online-Zugriff (1997) und des Mahnverfahrens (1998) wurden abgeschlossen.
- ✓ Die VERIS-Rechtsprechungsdatenbank von VG und OVG ist bundesweit (über juris) nutzbar.
- ✓ Am Finanzgericht Hamburg hat nach dem bundesweit ersten Modellversuch zum elektronischen Rechtsverkehr inzwischen der Regelbetrieb begonnen. Ein fortbestehendes Problem ist die mangelnde Akzeptanz digitaler Signaturen.
- ✓ Das Internet-Angebot der Justiz wird laufend ausgebaut, E-Mail-Erreichbarkeit, Vernetzung aller Gerichte und Ausstattung der Richterarbeitsplätze sind nahezu komplett.



→ (9) Organisationsoptimierung / Aufgabenkritik: Die Ergebnisse

- ✓ Das Konzept zur umfassenden Neuorganisation der Staatsanwaltschaften wurde dem Parlament 1999 vorgelegt und im März 2000 umgesetzt.
- ✓ Das umfangreiche Projekt „Segmentierung des Amtsgerichts Hamburg-Mitte“ hat mittlerweile handlungsfähige Segmente und zwei neue Stadtteilgerichte geschaffen und damit die Organisation des zweitgrößten Amtsgerichts Deutschlands wesentlich verbessert.
- ✓ Die Reorganisation der Verwaltung der Justizbehörde hat mit dem Aufbau einer integrierten Ressourcenabteilung begonnen und wird derzeit mit weiteren Schritten fortgesetzt.
- ✓ Die Rechtsanwaltszulassung wurde auf die Anwaltskammer verlagert, die Übertragung des Handelsregisters auf die Handelskammer wird derzeit geprüft.

→ (10) Kunden- und Serviceorientierung: Die Ergebnisse



- ✓ Richterliche Qualitätszirkel am Finanzgericht und am Obergerverwaltungsgericht haben ihre Ergebnisse vorgelegt, weitere Qualitätszirkel werden zur Zeit aufgebaut.
- ✓ An Verwaltungsgericht, Oberlandesgericht, Landgericht und Finanzgericht wurden Nutzerbefragungen durchgeführt.
- ✓ Eine neue Telefonanlage von Gerichten und Justizbehörde ermöglicht bessere Erreichbarkeit und Kundenfreundlichkeit.
- ✓ Bauliche Ausstattung, Leitsysteme, Formulare und Kundenservice (z.B. im Mahnverfahren) sind verbessert worden. Mit dem Justizforum Ost wurde ein neues, modernes Fachgerichtszentrum aufgebaut.
- ✓ Die inzwischen bundesweite Diskussion über Qualität in der Justiz stützt sich zu Recht wesentlich auf die Sichtweise der Richterschaft.



Fazit

*Was bleibt
von Justiz 2000?*

Justiz 2000 - was bleibt?



Nach dem Ende von Justiz 2000 ist die Modernisierung der Justiz in Hamburg weitergegangen.

- ➔ Viele Konzepte sind erfolgreich umgesetzt worden und heute Teil der täglichen Arbeit – aber alle Pläne haben sich durch die Praxis verändert.
- ➔ Das eigene Umgehen der Justiz mit Geld und Organisation funktioniert entgegen anfänglichen Ängsten.
- ➔ Das erreichte Maß an dezentraler Verantwortung der Justiz möchte wohl niemand mehr missen.
- ➔ Die technische und bauliche Ausstattung genügt inzwischen (weitgehend) professionellen Standards.
- ➔ Die Wünsche der „Kunden“ finden Gehör, wenn auch nicht immer Berücksichtigung.

Justiz 2000 - was bleibt?



Der Schritt vom Streit über „NSM-Ideologien“ zur praktischen Umsetzung „moderne Justiz“ ist gelungen.

- ➔ Die meisten Modernisierungsthemen „passen“ auch auf die Justiz – wenn sie flexibel eingesetzt werden.
- ➔ Die Richterschaft hat – vorsichtig, aber stetig – das Thema „Qualität“ inzwischen aufgenommen.
- ➔ Die Administration hat gelernt, dass Justiz anders ist als „normale“ Verwaltung, aber deshalb nicht weniger professionell sein muss.
- ➔ Ziel bleibt eine effektive, professionell organisierte, kundenfreundliche und trotz schwieriger finanzieller Bedingungen funktionsfähige Justiz.

